Während die Muslime weltweit den Fastenmonat Ramadan beginnen, starten dschihadistische Gruppen um den Al-Qaida-Ableger Nusra-Front in Syrien eine Offensive. Mehr als 200 Zivilisten seien in nur 24 Stunden den Angriffen der Islamisten zum Opfer gefallen, meldete das vom russischen Verteidigungsministerium geleitete Zentrum für Versöhnung in Hmeimim in der Provinz Latakia am Sonntag. Das syrische Außenministerium sprach von 110 Toten allein in Aleppo, darunter 40 Kinder. Damaskus forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Staaten wie Saudi-Arabien, die Türkei und Katar zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Länder unterstützten den Terrorismus in Syrien und verletzten die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrates.

Ziel der Angriffe sei vor allem die nordsyrische Stadt Aleppo, berichtete der katarische Nachrichtensender *Al-Dschasira*. Die »Armee der Eroberung«, deren stärkste Kraft die Nusra-Front sei, habe die syrischen Truppen bereits aus dem Gebiet zwischen den Provinzen Idlib und Aleppo zurückgedrängt, durch das früher ihre Versorgungslinien führten. Nun habe eine Offensive auf Aleppo von Südwesten her begonnen.

Das Zentrum für Versöhnung, das die Entwicklung in Syrien u. a. über Drohnenaufklärung verfolgt, gibt an, dass die Nusra-Front dabei von Gebieten aus operiere, die sich unter der Kontrolle von Milizen befänden, die vom Westen als »moderate Rebellengruppen« bezeichnet würden. Zwar seien diese von den USA und Russland aufgefordert worden, sich deutlich von der Nusra-Front und dem »Islamischen Staat« (IS) abzugrenzen, was aber nicht geschehe. Letztere werden von der UNO als »Terrororganisationen« gelistet, für die der Waffenstillstand in Syrien nicht gilt. Die Nusra-Front entgehe Angriffen, weil sie sich unter die »moderaten Gruppen« mische.

Unter den Angreifern auf Aleppo befänden sich sowohl die »Islamische Armee« als auch »Ahrar Al-Scham«. Beide gehören dem »Hohen Verhandlungskomitee« (HNC) an, der vom Westen und den Golfstaaten unterstützten Delegation in Genf. Washington hat Moskau wiederholt aufgefordert, keine Angriffe auf »moderate Gruppen« wie Ahrar Al-Scham oder die »Islamische Armee« zu fliegen. Die Nusra-Front, die mit beiden Gruppen kooperiert, nutzt das für ihre Angriffe auf Aleppo, Latakia, Homs, Damaskus und Deraa. In Idlib und Aleppo erhielten die Dschihadisten zudem weiterhin tägliche Waffenlieferungen aus der Türkei, so das russische Verteidigungsministerium.

Die Nusra-Front und Ahrar Al-Scham konzentrierten am Wochenende ihre gemeinsamen Angriffe auf Stellungen der syrischen Armee in Aleppo und das Viertel Scheich Maksud, das von den kurdischen Selbstverteidigungskräften (YPG bzw. YPJ) militärisch kontrolliert wird. In diesem Stadtteil seien am Wochenende mehr als 40 Personen getötet und weit über 100 Menschen verletzt worden, hieß es aus dem russischen Beobachtungszentrum.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte am Freitag Befremden über die Forderung der USA, die Milizen zu schonen, die mit der Nusra-Front gemeinsame Sache machten. Washington müsse diese »moderaten Gruppen« nachdrücklich auffordern, sich von den Islamisten auch physisch zu distanzieren.

Seit Monaten drängt Russland vergeblich darauf, zumindest Ahrar Al-Scham und die Islamische Armee über einen UN-Beschluss ebenso zu ächten wie die Nusra-Front und den »Islamischen Staat«. Zuletzt wurde Mitte Mai ein entsprechender Antrag im UN-Sicherheitsrat von den USA, Frankreich und Großbritannien blockiert.

Aus Sicht der von der Türkei, den Golfmonarchien und westlichen Staaten unterstützten »Nationalen Koalition« (Etilaf) mit Sitz in Istanbul stellt sich das Geschehen anders dar: Sie feierte die Angriffe auf Aleppo als erfolgreiche Operationen der »Freien Syrischen Armee« gegen die »Regimekräfte«. Ziel sei, den gesamten Süden von Aleppo einzunehmen und mit den »befreiten Gebieten im Westen von Aleppo« zu verbinden.

Eine »Exilregierung«, die aus den Reihen von Etilaf zusammengestellt wurde, hat die internationale Gemeinschaft derweil aufgefordert, ihre Institutionen, Bildungs- und Gesundheitszentren in den »befreiten Gebieten« (Idlib und Aleppo) vor Angriffen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten zu schützen. Ohne diesen Schutz könne man dort den Wiederaufbau und die Versorgung der Zivilbevölkerung nicht gewährleisten.

Hilfsorganisationen und Nachbarstaaten, allen voran die Türkei, sollten direkt mit der »Exilregierung« über die Lieferung von Rohstoffen, Öl und Vieh verhandeln und helfen, dass landwirtschaftliche Produkte aus den »befreiten Gebieten« exportiert werden könnten. Damit würde die Ökonomie angekurbelt, und Flüchtlinge und Vertriebene könnten zurückkehren.

Quelle: Junge Welt